

Alfred Bodenheimer

Zionismus und Zionismuskritik

Eine zeitgeschichtliche innerjüdische Debatte um Selbst- und Fremdwahrnehmung

Ein Freund von mir hat kürzlich in einem Gespräch eine Bemerkung gemacht, die ein Kernproblem der hier zu besprechenden Frage zusammenfasst: "Die Tragik der Juden in der Moderne ist, dass sie eigentlich immer genau in dem Zustand waren, der mit seiner Zeit nicht vereinbar war: Als der Massstab über Wert und Unwert von Völkern und Nationen war, dass sie ein Territorium besäßen, hatten sie keins und galten als vaterlandslose Gesellen. Als sie einen Staat gebraucht hätten, um der Verfolgung zu entgehen, hatten sie keinen Fluchtort und wurden millionenweise ermordet. Als sie einen Staat bekamen und vor allem als sie dessen Bestand im Sechstagekrieg konsolidierten, da nahm zumindest der Westen Abschied vom Modell nationaler Ideen, und es begann die Diskreditierung Israels als eines kolonial-imperialistischen Gebildes."

Zuweilen erinnert die zeitgenössische Diskussion um den Konflikt zwischen Israel und den Arabern, wie er heute geführt wird, an den berühmten Witz über den Rabbi, der in einem Rechtsstreit beide Parteien anhört und jedem der beiden recht gibt, was seine Frau zur Bemerkung veranlasst, es könnten doch nicht beide recht haben, worauf der Rabbi wiederum seiner Frau antwortet: "Du hast ebenfalls recht." Es geht bei der hier vorliegenden Betrachtung zu Zionismus und Zionismuskritik deshalb in keiner Weise darum, Standpunkte gegeneinander abzuwägen oder Argumente aufzuzählen, die jeweils die eine oder die andere Seite einbringt – wobei es überhaupt erst interessant wird, wenn man zu klären versucht, wo die eine, die zionistische und wo die andere, die zionismuskritische Seite eigentlich beginnt. Auch offenbart der Versuch, eine innerjüdische Diskussion darzustellen, das Problem, dass es eine innerjüdische Diskussion, auch eine innerisraelische, im Zeitalter der medialen Globalisierung gar nicht geben kann. Als Literaturwissenschaftler möchte ich den Vortrag eher unter einem reflektierenden Charakter angehen und die Frage nach der politischen "Richtigkeit" von Positionen in den Hintergrund stellen.

Zunächst gilt festzuhalten: Der Begriff "Zionismus" als anhaltende Bezeichnung für eine Bewegung, die vom Ende des 19. Jahrhunderts bis heute reicht, ist in sich problematisch. Zwar ist es natürlich richtig, dass Theodor Herzl mit seinem Buch ‚Der Judenstaat‘ 1896 und der Einberufung des ersten Zionistenkongresses in Basel 1897 das anstieß, was mit dem Staat Israel fünfzig Jahre später grosso modo seine Verwirklichung fand und bis heute Grunddoktrin eines souveränen Staates mit einer klaren jüdischen Mehrheit ist. Doch seither

hat der Begriff im Stahlbad der Geschichte massive Konnotationsveränderungen durchgemacht. Aus der vormals dem Zionismus gegenüber mehr als zurückhaltenden bis ablehnenden jüdischen Gemeinschaft Deutschlands strömten zwischen 1933 und 1939 Zehntausende nach Palästina, und es war der Zionismus der den für die einen befreienden, für andere belastenden Anspruch erhob, sie hätten sich nicht als Auswanderer, sondern als Einwanderer zu begreifen. "Alija", Aufstieg, hiess, nach der biblischen Formulierung, die Übersiedlung von Juden ins Land Israel. Es gibt aus dieser Zeit jenen bekannten Witz, gemäss welchem Neueinwanderer bei ihrer Ankunft gefragt wurden: "Kommen Sie aus Überzeugung oder aus Deutschland?" Hinter dem Bonmot verbirgt sich ein für den Zionismus geradezu revolutionärer Paradigmenwechsel: Mit der Einwanderung der deutschen Juden in den dreissiger Jahren wurde der Zionismus im innerjüdischen Verständnis von einer ideologischen Bewegung zu einer politischen Kraft und einem Träger von Hoffnung und Perspektiven für Juden, die sich um die Versprechen der Emanzipation in Europa betrogen fanden – auch und gerade wenn sie sich mit der "Überzeugung", die dahinterstand, zunächst nicht identifiziert hatten. Die zionistische Bewegung selbst, seit der Balfour-Deklaration von 1917, die, an sie gerichtet, den Juden seitens der britischen Regierung eine "nationale Heimstätte" zusagte, wurde in den dreissiger Jahren als politische Vertretung noch einmal aufgewertet, allerdings in problematischem Kontext. Dies durch die Verhandlungen, die das NS-Regime in seinen Anfängen mit der Zionistischen Organisation führte und die zu dem sogenannten "Haavara-Abkommen", einem clearing-Vertrag führte, gemäss welchem deutsche Juden durch Transport ihrer Güter die für die Einwanderung nach Palästina notwendigen Devisen erlangen konnten.¹ Dieser realpolitisch gesehen wohl sinnvolle Vertrag wurde von etlichen Juden schon damals als Pakt mit dem Teufel und als unstatthafte Durchbrechung eines jüdischen Boykotts gegen das nationalsozialistische Deutschland gebrandmarkt. Der Zionismus erfuhr, dass eine Erweiterung politischer Handlungsspielräume notwendigerweise auch mit einem Verlust politischer Unschuld verbunden war.

Mit der Einwanderung der mitteleuropäischen Juden entstand ein weiterer den Begriff "Zionismus" und seine Perzeption verkomplizierender Umstand. Die Juden trugen die in Europa selbst verratenen Ideale, als deren Bewahrer sie sich oft fühlten, nach Palästina. Doch das Europa, an das viele von ihnen glaubten und das sich mit dem allgemeinen Begriff "Zivilisation" verband, war wohl dem Europa, von dem Herzl gesprochen und das er als Idee des Fortschritts in den Orient zu transportieren hoffte, nicht unähnlich, es war aber jenes

¹ Vgl. *Werner Feilchenfeld*, Haavara-Transfer nach Palästina und Einwanderung deutscher Juden 1933-1939, Tübingen 1972.

Europa, das in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg durch die Unabhängigkeitsbewegungen und Staatengründungen in Afrika und Asien als fehlgeleitet kolonialistisch diskreditiert wurde.

Hinzu kam, dass das jüdische Kollektiv psychisch auf die Idee, sich staatstragend als "Volk" zu verstehen, überhaupt nicht vorbereitet war – und auch die Halacha, das jüdische Religionsgesetz, bot hier nur begrenzte Orientierung, ist doch das rabbinische Judentum, in dem diese Halacha im wesentlichen ausgestaltet worden war, gerade ein Resultat des Verlusts jüdischer Unabhängigkeit. Ein Pflegen weitgehend fiktiver essentialistischer Selbstbilder über den "jüdischen Charakter", das jahrhundertlang im Status der Minderheit in besseren, schlechteren und katastrophalen Verhältnissen als Defensivlinie beim Erhalten des Selbstbewusstseins notwendig gewesen sein mochte sowie ein bis zur Phobie führendes Misstrauen gegenüber den als potentiell immer bedrohlich empfundenen "Andern" wurden angesichts der Realität, über eine eigene, zunehmend schlagkräftigere Armee zu verfügen und selbst Majorität in einem auch von Minderheiten bewohnten Staat oder gar Besatzungsmacht zu sein, zu einer Belastung ohnegleichen. Dass die arabische Seite fast alles getan hat, um diesen Ängsten Vorschub zu leisten, ist klar. Nichtsdestoweniger führte dies die Gesellschaft Israels und damit die politische Sinngebung des Zionismus in eine auswegslose Situation, in der eine durch die äusseren Umstände sich aufdrängende Priorisierung militärischer und sicherheitspolitischer Belange stattfand. Der langjährige Knessetabgeordnete und mehrfache israelische Minister Amnon Rubinstein verleiht dieser inneren Crux Ausdruck, wenn er hinsichtlich der Erreichung einer vom Zionismus angestrebten ‚Normalisierung‘ des Judentums schreibt:

Today, after more than a hundred years of Zionism, we can declare the effort a success. Unfortunately, however, we have still not freed ourselves of the perception that the State of Israel and the idea on which it was founded are politically, legally, and morally anomalous. This way of thinking, which has taken root both in Israel and abroad, does continuous harm to Israel's image, turning it into the black sheep of the family of enlightened nations.²

Dem Grundtenor des Bandes gemäss, in dem prominente israelische Intellektuelle sich mit der Aktualität des Zionismus befassen, fällt Rubinsteins Fazit des Zionismus durchaus affirmativ aus. Dennoch ist das Unbehagen, überhaupt in Legitimationsnot geraten zu sein, hier herauszuhören. Ist es generell Aufgabe der Kultur, einem gesellschaftlichen Unbehagen Ausdruck zu geben, so wird diese Aufgabe in Israel von Kulturschaffenden besonders

² *Amnon Rubinstein, Zionism: A Deviant Nationalism*, in: *New Essays on Zionism*, hg. von David Hazony et al, Jerusalem/New York 2006, S. 116-126, hier S. 117.

pointiert wahrgenommen. Es seien beispielhaft für die Auseinandersetzung mit einer gewissen geistigen und politischen Immobilität des Landes, insbesondere nach dem Sechstagekrieg 1967, jüngere Zitate zweier israelischer Schriftsteller angeführt.

David Grossman hat in seinem bemerkenswerten kleinen Buch ‚Löwenhonig‘, einer Betrachtung über die Samsonerzählung im Richterbuch, die israelische Gesellschaft mit diesem tragischen biblischen Helden verglichen. Grossman erklärt, die "Juden zu allen Zeiten" hätten sich nicht nur danach gesehnt, "seine Körperkraft, seinen Mut und seine Männlichkeit zu besitzen", sie hätten noch mehr bewundert, "dass er im Stande war, ohne Hemmungen und moralische Vorbehalte Gewalt anzuwenden, eine Fähigkeit, die dem ‚Würmlein Jakob‘ in Tausenden von Jahren bis zur Errichtung des Staates Israel verwehrt blieb".³

Etwas weiter unten bei Grossman heisst es allerdings:

Aber gerade in dem problematischen Verhältnis zu seiner Macht gleicht der Staat Israel Samson mitunter. Ähnlich wie bei Samson scheint die grosse militärische Kraft, die Israel heute besitzt, häufig ein Schuss nach hinten zu sein. Ohne dass damit die Bedrohungen, denen Israel ausgesetzt ist, verharmlost werden sollen, sieht es so aus, als sei der Besitz "enormer Kraft" noch immer nicht gänzlich im israelischen Bewusstsein verankert. Und vielleicht liegt es daran, dass er noch nicht sehr lange von Generation zu Generation weitergegeben wurde, dass das Verhältnis zu dieser Macht, der Besitz dieser Macht – als handelte es sich um ein Wunder – häufig zu falschen Schlüssen führt.

Fehleinschätzungen dieser Art können zu einer Überbewertung der eigenen Macht führen. Die Macht wird als Wert an sich angesehen, der immer wieder bestätigt werden muss; beinahe automatisch beschreitet man den Weg der Gewalt, statt andere Reaktionsmöglichkeiten auszuloten – und dies ist eindeutig ein ‚samsonsches‘ Handlungsmuster.

Hinzu kommt eine typisch israelische Empfindung – das Gefühl von bedrohter Sicherheit, eine generelle Verunsicherung, die auch an Samson zu beobachten ist, wenn er in manchen Situationen angeblich seine Kraft zu verlieren und buchstäblich auseinanderzufallen droht. Solch ein Unsicherheitsgefühl entspricht nicht der Realität, zieht aber oft eine übertriebene Gewaltreaktion nach sich, die die Lage nur noch weiter verkompliziert. Dies zeugt von einer tiefen existentiellen Instabilität. Zwar hängt diese Instabilität zweifellos mit den realen Gefahren, denen Israel ausgesetzt ist, zusammen, aber eben auch mit dem tragischen Grunderlebnis des Fremdseins auf der Welt, mit dem Schicksal des jüdischen Volkes, das sich von dem anderer Völker so stark unterscheidet, und mit dem Staat Israel, einem Staat ‚auf Bewährung‘, dessen Zukunft permanent in Frage steht und bedroht ist. All die Atombomben, die Israel im Zuge eines Plans, der *Samsons Entscheidung* hiess, entwickelte, können diese Gefühle offenbar nicht entschärfen.⁴

³ David Grossman, *Löwenhonig*. Der Mythos von Samson. Aus dem Hebräischen von Vera Loos und Naomi Nir-Blimling, Berlin 2006, S. 82.

⁴ Ebd., S. 83f.

Das andere Zitat stammt von Meir Shalev, der während des Unabhängigkeitskrieges 1948 in Jerusalem geboren wurde und der im Juni 2007 aus Anlass des vierzigsten Jahrestags des Sechstagekrieges einen Artikel in der Neuen Zürcher Zeitung veröffentlicht hat. Darin heisst es:

Vierzig Jahre sind vergangen, und Israel ist tatsächlich erstickt. Nur ein einziges Thema beschäftigt das Land: die Besetzung – die Gebietsansprüche, die Palästinenser, der Terror, die heiligen Stätten, das Aufrichten und Evakuieren von Siedlungen. Vierzig Jahre sind vergangen, und Israel hat praktisch alles vernachlässigt, was sich das Israel von 1948 auf die Agenda gesetzt hatte: Bildung, Forschung, Wohlfahrt, Gesundheit.⁵

Wer solche Statements von Autoren liest, die aus Sorge um das Wohl des Staates schreiben, in dem sie und ihre Familien leben und für den sie in Kriege zogen und die nur einen minimalen Ausschnitt aus dem heutigen israelischen Diskurs darstellen, kann nachvollziehen, was Naomi Bubis, ebenfalls in der NZZ, im März 2007 geschrieben hat: Dass die erhitzten Debatten unter amerikanischen und britischen Juden über israelische Politik und ihre Rechtmässigkeit in Israel nur auf begrenztes Interesse stossen, weil die Diskussionen im Land selbst schon mit äusserster Intensivität geführt werden.⁶

Nicht zu vernachlässigen ist allerdings auch der Wandel dessen, was aus Sicht einer Befürwortung israelischer Politik tabuisiert ist, zumindest was Juden betrifft (und einschliesslich der Tatsache, dass Tabus in sich die Existenz von Tabubrechern vorgesehen haben). In den siebziger und achtziger Jahren galt jeder Kontakt zu offiziellen Palästinensern als tabu, nach der Aufnahme diplomatischer Verhandlungen mit der PLO war es die Befürwortung eines Rückzugs auf die Grenzen von 1967, einschliesslich Ostjerusalems, seit Ehud Baraks Verhandlungsangeboten an Yassir Arafat im Jahr 2000 ist es die Idee eines binationalen Staates zwischen Jordan und Mittelmeer, der von einigen Intellektuellen befürwortet, von der überwältigenden Mehrheit der Israelis und wohl auch der Juden weltweit als faktisches Ende jüdischer Souveränität aufgrund einer sich in diesem Fall abzeichnenden arabischen Majorität auf diesem Gebiet bezeichnet wird. Den Sinn und Zweck jüdischer Souveränität grundsätzlich zu bezweifeln, wie es etwa in einem Artikel 2003 der jüdische Historiker Tony Judt getan hat, ist heute das Überschreiten einer über die Jahre hin mehrfach

⁵ *Meir Shalev*, Vierzig Jahre Irren in der Wüste? Online: <http://www.nzz.ch/2007/06/04/fe/articleF7QFT.html> [23. Januar 2008]

⁶ *Naomi Bubis*, Prominenter Auftritt – aber kaum neue Ideen, NZZ, 3.3.2007.

verschobenen roten Linie.⁷ Das muss zugleich nicht bedeuten, dass diese Linie unendlich verschiebbar und jeder Provokateur ein Visionär ist.

Es könnten nun etliche in den vergangenen Jahren erschienene Bücher oder Artikel genannt und besprochen werden, die, unter Verweis auf historische Fakten (allerdings teilweise sehr unterschiedlich dargestellte historische Fakten) eine Auseinandersetzung von nicht in Israel lebenden Jüdinnen und Juden über Zionismus und Antizionismus pflegen und die sich grundlegend entlang der Linie scheiden lassen, ob sie den Staat Israel in seiner heutigen Form als legitimes, aus seiner bisherigen Politik weiterzuentwickelndes Staatswesen betrachten, das sich als einziger Staat in seiner Region an demokratische Spielregeln hält, oder ob sie den Zionismus insgesamt für eine Fehlkonstruktion und eine Veränderung zum besseren der Lage nur unter Aufgabe gewisser Grundwerte dieses Staates für möglich halten, wie etwa der Idee, ein im Charakter ‚jüdischer Staat‘ zu sein, was etliche Implikationen wie etwa das Rückkehrrecht aller Juden nach Israel und die Ablehnung eines äquivalenten Rechts für Palästinenser nach sich zieht. Zu nennen wären auf der affirmativen Seite etwa Autoren wie Phyllis Chesler oder Alan Dershowitz, auf der kritischen Noam Chomsky, Norman Finkelstein, John Rose oder das eine Mischung zwischen persönlichen Erlebnissen und historischer Rekapitulation darstellende Buch ‚Fremd in Zion‘ von Daniel Cil Brecher.

Welche Intensität die innerjüdischen Auseinandersetzungen über Zionismus und Zionismuskritik im angelsächsischen Raum inzwischen erreicht haben, lässt sich in dem von Edward Alexander und Paul Bogdanor 2006 herausgegebenen Band ‚The Jewish Divide Over Israel‘ erkennen. In dem Band versammelt sich eine Anzahl oft renommierter jüdischer Autoren und Intellektueller, die gegen eine zum Teil militante Israelkritik anderer jüdischer Intellektueller vorgehen. Ihnen wird gerade angesichts einer vor allem an gewissen amerikanischen Universitäten herrschenden Tendenz zu einseitiger (nichtjüdischer) Israelkritik ein Opportunismus und eine Anbiederung als „low moral cowards“ vorgeworfen⁸, die gerade das Gegenteil von dem Mut seien, der ihnen oft als angeblichen Kämpfern gegen das jüdische Establishment zugesprochen, letztlich aber im Falle eines überhandnehmenden Antisemitismus auch nichts helfen würde.⁹

⁷ *Tony Judt*, Israel: The Alternative, in: The New York Review of Books, Vol. 50, Nr. 16 (October 23th 2003).

⁸ *Cynthia Ozick*, The Modern “Hep! Hep! Hep!”, in: The Jewish Divide Over Israel. Accusers and Defenders, Hg. von Edward Alexander/Paul Bogdanor, New Brunswick NJ 2006, S. 1-6, hier S. 6. Der Untertitel des Buches ist leicht irreführend, weil darin vor allem die ‚defenders‘ mit den ‚accusers‘ zu Gericht gehen.

⁹ Eine charakteristische Bemerkung ist womöglich die Alvin Rosenfelds über die israelkritischen Aktivisten in den USA, deren Anzahl er selbst als "still relatively small" angibt: "With others who condemn Israel as a ‘racist state, an imperialist state’, they will do what they can to make it a pariah state. The full effects of their efforts may or may not be clear to these Jews, for they couch their ambitions in the high-sounding terms of ‚peace‘,

Hier interessiert aber weniger das Hin und Her der Argumentationen, die, je nach politischer Ausrichtung des Autors, zunächst einfach einmal zur Kenntnis zu nehmen sind, sondern vielmehr, wie komplex die Gemengelage geworden ist, wenn Juden über Zionismus sprechen. So erst entsteht ein Eindruck über Selbst- und Fremdwahrnehmung. Dazu soll ein Beispiel dienen, das im deutschsprachigen Raum nicht so sehr zur Kenntnis genommen wurde, in Grossbritannien und Israel jedoch seinerzeit zu einer medialen Debatte führte. Im Jahre 2002 erschien das Buch ‚The Dignity of Difference‘ von Grossbritanniens Oberrabbiner Jonathan Sacks, ein Werk, in dem er auf die Polarisierungen von ‚Nine/Eleven‘ mit einer Initiative zum Ausgleich zwischen den Religionen hervortrat. Das Buch, das durchaus auch, vielleicht sogar primär für Nichtjuden geschrieben war und aus einer jüdischen Perspektive für ein Miteinander der Religionen ohne triumphalistische Wahrheitsansprüche jeweils einer eintrat, erlebte eine stürmische Rezeption in der britisch-jüdischen Orthodoxie, was zu einer leicht veränderten zweiten Auflage führte, doch das ist hier eigentlich sekundär. Entscheidend für unsere Belange ist, dass aus Anlass des Erscheinens von ‚The Dignity of Difference‘ im August 2002 ein langer Bericht über ein Gespräch mit Sacks im Guardian, einer in Grossbritannien für ihre israelkritische Berichterstattung bekannten Zeitung, erschien. Das Gespräch dreht sich im wesentlichen um die Thesen von Sacks‘ Buch, auch um seine ermutigenden Erfahrungen bei einem Gespräch mit einem radikalen iranischen Ayatollah, wobei Sacks erklärt, Gläubige teilten eine gemeinsame Sprache, die nach Empfinden vieler Muslime im Westen nicht verstanden würde. Gegen Ende dann lenkt der Journalist das Gespräch auf das Thema Israel. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger, Oberrabbiner Immanuel Jakobovits, der sich schon sehr früh als Verfechter territorialer Kompromisse Israels als Bedingung einer Lösung des Konflikts profilierte, hatte Sacks hier bis anhin kaum Profil gezeigt.

Hier nun bohrt der Guardian-Autor Jonathan Freedland nach. Zitiert seien die folgenden beiden Abschnitte:

So what are his views of the current Israeli situation? What does he make of the ancient Jewish command, quoted in his book: "Do not ill-treat a stranger [ie a non-Israelite] or oppress him, for you were strangers in the land of Egypt"? How can that square with Israel's 35-year-long occupation of the West Bank and Gaza?

"You cannot ignore a command that is repeated 36 times in the Mosaic books: 'You were exiled in order to know what it feels like to be an exile.' I regard that as one of the core projects of a state that is true to Judaic principle. And therefore I regard the current

situation as nothing less than tragic, because it is forcing Israel into postures that are incompatible in the long- run with our deepest ideals."¹⁰

Etwas weiter unten im Artikel über den Oberrabbiner heisst es:

Still, when pressed, he will admit the anguish Israel's own conduct causes him. "There are things that happen on a daily basis which make me feel very uncomfortable as a Jew." He was "profoundly shocked" by reports of smiling Israeli soldiers posing for a photograph with the corpse of a slain Palestinian. "There is no question that this kind of prolonged conflict, together with the absence of hope, generates hatreds and insensitivities that in the long run are corrupting to a culture."¹¹

In Anbetracht der Tatsache, dass die Fragestellung seitens des Guardian, in nur indirektem Zusammenhang mit Sacks' Buch stehend, eher suggestiv ist und dass Sacks in dem Gespräch keine Anklage gegen Israel erhebt, sondern die verheerenden Auswirkungen eines Zustands schildert, für den Israel, wie er zwischen diesen Zitaten ebenso betont, nicht allein zuständig sei, könnte man schlicht von den einem führenden Religionsvertreter zustehenden Worten zur Einkehr sprechen. Stattdessen löste das Interview in Israel heftige Reaktionen aus.

Die Kritik der englischsprachigen israelischen Zeitung Jerusalem Post zeigt in ihrer Argumentation in der Auseinandersetzung mit dem Interview vom 28. August 2002, dass die Kritik an Sacks im wesentlichen drei Stränge hat: Sacks wird vorgeworfen, als jemand Kritik zu äussern, der nicht im Land lebt, weshalb für ihn nicht dieselben Standards gälten wie für Israelis, von denen, wie eingestanden wird, etliche ähnliche Argumente vorbringen würden. Zweitens wird ihm vorgehalten, er nehme für sich eine Werthaltung in Anspruch, die er über die Werthaltung der israelischen Juden stelle, die Tatsache missachtend, dass israelische Soldaten das Leben verloren hätten, um bei einer Aktion in Jenin palästinensische Leben zu schonen und einen aufreibenden Häuserkampf gewählt hätten anstatt ganze Blocks dem Erdboden gleichzumachen. Demgegenüber würde er das Recht auf Selbstverteidigung als religiöse und moralische Pflicht des Judentums, herunterspielen.¹² Das dritte Argument schliesslich lautet, Sacks giesse zugunsten einer antiisraelischen Tendenz der Doppelmoral Öl ins Feuer, indem er als prominenter Jude Israel des ethischen Versagens zeihe. Dass dieses Argument zutrifft, lässt sich im Internet leicht nachweisen. Auf der islamistischen Webseite harunyahya.com werden die Aussagen Sacks' in einen Kontext gestellt, in dem der "radikale Zionismus" als "sozialdarwinistisch" und den Lehren des Judentums wie auch des Korans widersprechend geziehen wird.¹³

¹⁰ Jonathan Freedland, Prophet of Hope, Guardian, 27.10.2002.

¹¹ Ebd.

¹² Vgl. <http://www.tomgrossmedia.com/mideastdispatches/archives/000667.html> [23. Januar 2008]

¹³ Vgl. http://www.harunyahya.com/mediawatch_israeli_violence.php [23. Januar 2008]

Interessant ist jedoch, dass in der Presse, und zwar nicht in der israelischen, sondern im Londoner Daily Telegraph, schon der Bericht des Guardian selbst als Manipulation von Sacks' Äusserungen interpretiert wurde. Obwohl das Interview seinem Buch gegolten habe, laute die Überschrift nicht "Chief rabbi calls for mutual toleration from world faiths", sondern "Israel set on tragic path, says chief rabbi". Dem Rabbiner wird mindestens Naivität nachgesagt, da es vorhersehbar gewesen sei, dass der Guardian, in einer Situation, in der britische Juden einem in ihrem Land beispiellosen Antisemitismus ausgesetzt seien, diesen auch noch anheize und so die Aufmerksamkeit vom tieferen Sinn des besprochenen Buches ablenke.¹⁴

Faktisch lässt die informationstechnische Globalisierung, wie sie in diesem Artikel und den Reaktionen darauf sichtbar wird, die Grenze von Selbst- und Fremdwahrnehmung verschwimmen und verhärtet sie zugleich. Ein britischer Oberrabbiner spricht im Interview einer britischen Zeitung (geführt von einem jüdischen Journalisten) im Namen der jüdischen Ethik, doch gerade weil seine Äusserungen sofort weltweit abrufbar sind, wird ihm abgesprochen, im Namen auch des Judentums in Israel sprechen zu können. Damit wird faktisch ein doppelter Standard von Selbstbildern geschaffen. Andererseits wird diese Information tatsächlich von islamistischer Seite tatsächlich sofort verwertet, um (einmal mehr) den Zionismus insgesamt zu diskreditieren – etwas, wovon sich Sacks entschlossen distanzieren würde. Und schliesslich wird von wiederum anderer, britischer Seite erklärt, er leiste gerade den Juden seines Landes, also Grossbritanniens einen Bärenienst, indem er nicht primär Israel, sondern ihnen, als Zielscheibe eines sich von Antizionismus nähendem Antisemitismus schade. Die disparate Debatte wird dadurch gekrönt, dass der Guardian selbst in seiner Reaktion auf die kritischen Stimmen infolge dieses Artikels prominente britische Juden zitiert, die Rabbi Sacks danken, dass er endlich einmal gesagt habe, was längst schon hätte gesagt sein müssen.¹⁵

Interessant ist, dass die innerzionistischen Diskussionen, die man aus den zwanziger Jahren lesen kann, als sich Menschen wie Chaim Weizmann, David Ben Gurion oder Martin Buber daran beteiligten, in ihrer Essenz nicht so sehr verschieden sind von dem, was heute zwischen zionistischer und zionismuskritischer Argumentation verläuft. Schon damals, lange vor der Shoah oder ihrer Erahnbarkeit, sprachen zionistische Führungsgestalten angesichts der katastrophalen Lage der Juden in Osteuropa vom Zionismus als Rettung des Judentums vor seinem Untergang, schon damals wurde heftig darüber diskutiert, wie man mit einer der

¹⁴ Vgl. <http://www.tomgrossmedia.com/mideastdispatches/archives/000667.html> [23. Januar 2008]

¹⁵ Vgl. <http://www.guardian.co.uk/israel/comment/0,10551,782047,00.html> [23. Januar 2008]

Angelegenheit nicht eben gewogenen arabischen Bevölkerung umzugehen habe. Vieles was heute den einen skandalös, den anderen revolutionär erscheint, war damals schon im Gespräch.

Was für die jüdische Welt längerfristig auf dem Spiel steht, ist die Verwerfung des Judentums insgesamt innerhalb einer Wertediskussion, die wie vielleicht nichts zuvor die Einheit ‚Judentum‘, falls man von einer solchen überhaupt noch sprechen kann (oder in den vergangenen dreihundert Jahren je sprechen konnte), zerschlagen könnte. In Anklängen nur zeigt die Debatte um die Aussagen, die Rabbi Sacks vor fünf Jahren gemacht hat, dass an der Frage israelischer Politik im inner- wie im ausserjüdischen Raum die Definition des Begriffs ‚jüdisch‘ schlechthin verhandelt wird. Verläuft das Einklagen einer anders ausgerichteten israelischen Politik auf der Basis jüdischer Ethik, oder ist israelische Politik, als Versuch einer Synthetisierung des Gebots von Selbstverteidigung und gleichzeitigem dosiertem Vorgehen geradezu ein exemplarisches Praktizieren jüdischer Ethik, wie es an einem Londoner Schreibtisch gar nie möglich wäre?

Wird das Judentum, wie es der Artikel in der Jerusalem Post bezeichnet, durch ein Wachsen an Patriotismus und kollektivem Aufopferungswillen gestärkt, oder sind dies Tugenden, die geradezu jüdische Verantwortungsethik konterkarieren? Ist es legitim, Kritik zu üben, die nachweislich von erklärtermassen feindlichen Instanzen ausgeschlachtet wird oder Gefahr läuft, antisemitische Tendenzen in der Gesellschaft zu fördern? Selbst- und Fremdwahrnehmung sind in der Informationsgesellschaft weder in der Wirkung noch in der Verwertung von Information voneinander klar zu trennen. Die Jerusalem Post und der Guardian an sich sind einander durch die dauernde Abrufbarkeit und Zitierbarkeit unvereinbarer Inhalte schon Gewähr für jeweils untragbare Positionen.

Ist es aber, andererseits, wirklich noch erheblich, ob Kritik innerhalb oder ausserhalb Israels geäussert wird? Wer die Diskussionen um ein Interview ansieht, das der frühere Knessetvorsitzende Avraham Burg, ebenfalls aufgrund eines neu erschienenen Buches, der Zeitung Haaretz gab, kommt nicht zum Schluss, dass innerhalb oder ausserhalb Israels, innerhalb oder ausserhalb des zionistischen Konsenses, eine grosse Differenz besteht zwischen einem, der diese aus israelischer Innen- oder Aussenperspektive äussert.

Burg, verheiratet mit einer französischen Staatsbürgerin und mittlerweile selbst naturalisierter Franzose, hat aus Anlass des Erscheinens seines Buches ‚Defeating Hitler‘ dem Journalisten Ari Shavit ein Interview gegeben, das am 8. Juni 2007 in der Wochenendausgabe der israelischen Zeitung Haaretz erschien, und zwar unter dem Titel "Leaving the Zionist

Ghetto".¹⁶ Das Interview hat in Israel in den verschiedensten Kreisen und auch in der jüdischen Diaspora massive Kritik geerntet und in islamischen Medien wenig überraschend eine gewisse Aufmerksamkeit erhalten. Burg versucht, sein Ausklinken aus dem zionistischen Kontext zu relativieren, indem er erklärt, sich im frühzionistischen Diskurs rückblickend statt auf die Seite von Theodor Herzl auf die Seite des Publizisten Achad Haam zu stellen, einen von Herzls Antipoden in der zionistischen Bewegung, der einen nicht staatlich, sondern auf ein kulturelles Zentrum hin fokussierten Zionismus vertrat. Allerdings ist, wenn man Achad Haams Kritik von Herzls Roman ‚Altneuland‘ ansieht, in dem gerade der Eurozentrismus und Universalismus Herzls belächelt und die Abwesenheit fast alles autochthon Jüdischen beklagt wird, fraglich, ob diese Selbstpositionierung Burgs jener Meinungsverschiedenheit vor gut hundert Jahren gerecht wird.

Burg geißelt den ‚konfrontativen Zionismus‘ sowie den Grenzzaun zu den Palästinensergebieten, eine, wie er betont, aus der geistigen Urheberschaft der politischen Linken kommende Massnahme als selbststilisierende, das Ende Europas markierende Abgrenzung von den ‚Barbaren‘ – hierin nicht ausdrücklich, aber doch vernehmlich tatsächlich Herzls ‚Judenstaat‘ anzitierend. Dort hatte Herzl die Idee eines Judenstaats in Palästina unter anderem mit folgender Bemerkung begründet: "Für Europa würden wir dort ein Stück des Walles gegen Asien bilden, wir würden den Vorpostendienst der Cultur gegen die Barbarei besorgen."¹⁷ Eine Fortsetzung kolonialistischer Denkmuster bis hin zu massiv rassistischem Gedankengut, unterfüttert von einer gegen die Araber und den Islam gerichteten, letztlich aber von Auschwitz genährten Paranoia sind für ihn fatales Ergebnis des Anspruchs, einen ‚jüdischen Staat‘ aufrechterhalten zu wollen.¹⁸ "Das kann nicht mehr funktionieren", erklärt Burg zu diesem Begriff. "Den Staat Israel als jüdischen Staat zu definieren, ist der Schlüssel zu dessen Ende. Ein jüdischer Staat ist explosiv, er ist Dynamit." Mit der gleichen Verve verwirft er den von seinem Interviewer Shavit angebotenen Begriff ‚Jüdisch-demokratisch‘. Das klinge schön nostalgisch und rückwärtsgewandt, sei aber "Nitroglyzerin". Als positives Gegenmodell zu Israel führt Burg die Europäische Union an, ein "biblisches Utopia", das von seiner Grundidee her "vollkommen jüdisch" sei. Das Judentum sieht Burg als Vorreiter der Globalisierung, seine Territorialisierung in Israel habe nur Körper und keinen Geist übriggelassen.

¹⁶ <http://www.haaretz.com/hasen/spages/868385.html> [23. Januar 2008]

¹⁷ *Theodor Herzl*, *Der Judenstaat*. Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage, Berlin/Wien 1896, S. 29.

¹⁸ Zu dieser These vgl. den von seinem psychoanalytischen Therapieansatz her interessanten, von seiner historischen Argumentation z.T. diskutablen Artikel von *Dan Bar-On*, *A Different Way of Being Jewish and Israeli – Self Reflective and in Dialogue with the World*, in: *Antisemitismus Antizionismus Israelkritik*, hg. von Moshe Zuckermann, Göttingen 2005 (Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte; 33), S. 349-371.

Der nationalreligiöse Parlamentarier Zevulun Orlev, Vertreter des rechten Spektrums, hat Burg einem Zitat zufolge bezichtigt, er wolle die Juden in die Diaspora zurückführen. In gewisser Weise stimmt das auch – bloss ist dafür der Begriff der Diaspora von einem geografischen oder existentiellen zu einem psychisch-spirituellen umzuwandeln. In Burg, der dafür plädiert, dass Israel seiner atomaren Bewaffnung abschwört, findet sich, ähnlich wie in Grossman (wenn auch mit einem vielleicht mangels vergleichbaren literarischen Talents weit gewalttätigeren Vokabular), jenes Empfinden, dass ich als Unbehagen vor der Wehrhaftigkeit bezeichnen möchte – ein Empfinden, das gegenüber einem früheren Horror vor der Wehrlosigkeit die Prioritäten regulieren möchte. Diaspora und Israel sind heute Denkhaltungen – und der Prozess, der vor sich geht, ist eigentlich ein osmotischer, in dem das Judentum der Diaspora, über Jahrzehnte zionistisch aufgeladen, heute teilweise wieder (und zwar mehr als Idee denn als reale Gruppe) eigene Werte geltend macht, die in Israel vernachlässigt worden sind. Die ständige Verschiebung dessen, was vom zionistischen Blick aus vertretbar erscheint, habe ich schon vorher erwähnt. Ich denke, wir nähern uns heute radikal der Frage an, ob es einen "jüdischen" Blick gibt, gerade zu einem Zeitpunkt, wo dieser ganz zu verschwinden droht. Wenn es diesen gemeinsamen Nenner gibt, wenn sich eine wie immer auch heterogene Selbstwahrnehmung von einer Fremdwahrnehmung des Zionismus unterscheidet, bei Grossman und Shalev, bei Sacks und Burg und auch bei ihren Gegnern, so ist diese Differenz vielleicht im Primat der Frage zu finden, was der Zionismus und das Judentum sich selbst schuldig sind, um zu überleben, gegenüber einer Diffamierung Israels als Störfaktor einer Befriedung des Nahen Ostens, oder, über die Slogans der Islamisierer, des Weltfriedens schlechthin.

Da ich nur analysieren und nicht über Lösungen schreiben will, komme ich hier zu einem Ende. Auch bei tragfähigen Lösungen übrigens werden wir nicht ein Judentum vorfinden, das sich einhellig über Belange des Zionismus und der Zionismuskritik zusammengefunden hat – so hoffe ich zumindest. Vielleicht aber werden wir zumindest einmal einen ausserjüdischen Diskurs *über* Judentum hinkriegen, der nicht mehr Anlass ist, jene innerjüdischen Gefechte zu evozieren, bei denen es letztlich vor allem um die Furcht einer Delegitimation nach aussen geht.